



An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 28. September 2020

**Politischer Bericht für die Sitzung der Bundestagsfraktion
am 28. September 2020**

Inhalt

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE.....	2
2. ZUR LAGE	3
3. ZUR WOCHE.....	5
Finanzen gut im Griff	5
#GeldindieHand.....	5
Stärkung des sozialen Zusammenhalts	6

1. BOTSCHAFTEN DER WOCHE

Mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik stark aus der Krise

Der Investitionshaushalt von Olaf Scholz für 2021 und die Planung für die folgenden drei Jahre setzen klare Signale: Die Gesundheit der Bürger*innen, die Stabilisierung unserer Wirtschaft und Konjunktur durch Hilfsprogramme, die Rettung von Arbeitsplätzen durch Kurzarbeit haben für uns Priorität.

In den vergangenen Jahren sind wir ohne neue Schulden ausgekommen. Das gibt uns heute den finanziellen Spielraum, Deutschland gut durch die Krise zu führen und anschließend wieder flott an Fahrt aufzunehmen. Im kommenden Jahr werden wir dafür erneut eine Ausnahme von der Schuldenregel machen – und massiv investieren: von 2021 bis 2024 rd. 200 Milliarden Euro. Mit diesen Rekordinvestitionen stärken wir die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, stützen die Konjunktur und sichern die Arbeit von Menschen. Gleichzeitig erhalten wir Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit von morgen und machen unser Land stark für die Zukunft, insbesondere für die Digitalisierung und den Kampf gegen den Klimawandel.

30 Jahre Deutsche Einheit – eine Erfolgsgeschichte

In dieser Woche jährt sich die Deutsche Einheit zum 30. Mal. Als Parlament werden wir in einer zweistündigen vereinbarten Debatte die Erfolgsgeschichte der deutsch-deutschen Wiedervereinigung würdigen. Wir Sozialdemokrat*innen haben uns frühzeitig zu einem geeinten Deutschland bekannt. Wir waren damit die einzige politische Kraft, die in der friedlichen Revolution und in den Verhandlungen auf dem Weg zur deutschen Einheit eine tragende Rolle gespielt hat. Beim Aufbau der ostdeutschen Länder wurde viel geschafft. Der Gewinn von Freiheit und Demokratie war dabei jede Anstrengung wert. Und doch ist die Lücke zu den meisten westlichen Bundesländern noch groß. So bleibt es auch 30 Jahre später weiter unsere Aufgabe, im vereinten Deutschland für gleiche Lebensverhältnisse und gleiche Chancen zu sorgen.

2. ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

in dieser Woche beraten wir den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2021, der ganz im Zeichen der Bewältigung der Corona-Pandemie steht. In den vergangenen Jahren sind wir ohne neue Schulden ausgekommen. Das gibt uns heute den notwendigen finanziellen Spielraum, mit voller Kraft aus der Krise zu kommen. Die Verschuldungsquote bleibt trotz Neuverschuldung stabil - und liegt deutlich unter dem Wert in der Finanzkrise im Jahr 2010.

Wir sparen nicht gegen die Krise an, sondern wir investieren nachhaltig. Akute Krisenhilfe bei gleichzeitig massiven Investitionen in die Zukunft - das ist sozialdemokratische Haushaltspolitik. Mehr als 96 Milliarden Euro an Mehrinvestitionen - das ist gut angelegtes Geld. Denn nur wenn wir unser Land schon heute für die Zukunft rüsten, können wir gestärkt aus der Krise gehen: Wir werden etwa den Breitbandausbau beschleunigen, Brücken und Straßen modernisieren, eine zukunftsgerichtete und nachhaltige Wirtschaft aufbauen und eine gute Kinderbetreuung bereitstellen. Wir stabilisieren unsere Wirtschaft und unterstützen prinzipiell gesunde Unternehmen, passen die Infrastruktur dem Fortschritt der Technik und Digitalisierung an und spannen soziale Auffangnetze. Wir sichern Jobs und stellen die Weichen für nachhaltiges Wachstum.

Deshalb ist es folgerichtig, auch im kommenden Jahr die Schuldenbremse auszusetzen: Die Investitionsausgaben von heute werden sich auch künftig für uns auszahlen.

Doch nicht nur die Bewältigung der Corona-Pandemie und ihre Folgen für den Bundeshaushalt beschäftigen uns in dieser Sitzungswoche. Am 3. Oktober jährt sich zum 30. Mal die Deutsche Einheit. In einer vereinbarten Debatte am Freitag werden wir als Bundestag die Erfolgsgeschichte der Wiedervereinigung würdigen. Wir Sozialdemokrat*innen haben uns früh zu einem geeinten Deutschland bekannt. Als einzige politische Kraft haben wir nach Gründung der SDP in der DDR im Jahr 1989 bei der friedlichen Revolution genauso wie bei den Verhandlungen auf dem Weg zur Deutschen Einheit eine tragende Rolle gespielt. Das wollen wir am 1. Oktober gemeinsam mit Iris Glicke, Markus Meckel, Renate Schmidt und Wolfgang Thierse auf

einem Symposium in Erinnerung rufen. Gleichzeitig werden wir an dem Abend einen unserer wichtigsten Weggefährten, Hans-Jochen Vogel, und seine Bedeutung für den Einigungsprozess würdigen. Wir haben viel geschafft beim Aufbau der ostdeutschen Länder. Der Gewinn von Freiheit und Demokratie war jede Anstrengung wert. Dennoch ist die Lücke zu den meisten westlichen Bundesländern noch groß. Und so bleibt es auch 30 Jahre später weiter unsere Aufgabe, im vereinten Deutschland für gleiche Lebensverhältnisse und gleiche Chancen zu sorgen.

Seit mehr als drei Jahren ist Donald Trump Präsident der USA. In seiner Antrittsrede hatte er verkündet, „Präsident aller Amerikaner“ sein zu wollen. Wirft man heute einen Blick auf den Zustand der USA, muss man feststellen: Donald Trump hat die USA nie versöhnt. Im Gegenteil: Seit seinem Amtsantritt haben Hass, Gewalt und Polarisierung auf den Straßen und in den sozialen Medien weiter zugenommen. Und der US-Präsident gießt weiter Öl ins Feuer: so lässt er offen, ob er eine mögliche Wahlniederlage anerkennen würde und stellt damit ein zentrales Element demokratischer Rechtsstaaten in Frage. Zudem hat er offenbar viele Jahre keine Steuern gezahlt. Die USA – einst weltweit als Vorbild für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – schlittern in eine politische Krise. Es bleibt zu hoffen, dass die Institutionen des Landes, aber auch Medien und Zivilgesellschaft stark genug sind, sich dem US-Präsidenten entgegenzustellen und die Wähler*innen am 3. November diesem Spuk ein Ende machen.

Euer

Gez. Dr. Rolf Mützenich

3. ZUR WOCHE

Finanzen gut im Griff

Die historische Ausnahmesituation durch die Corona-Pandemie stellt uns vor enorme Herausforderungen. Um die wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Schäden akut und in Zukunft abzufedern, müssen wir mehr Geld als geplant in die Hand nehmen. Dank unserer verantwortungsvollen Haushaltspolitik der vergangenen Jahre sind wir aber in einer guten Ausgangsposition. Für 2020 wird die **Schuldenquote** in Deutschland auf rund 75 Prozent ansteigen. Damit liegt Deutschland zwar über den europäischen Fiskalregeln von 60 Prozent, schneidet im Vergleich zu anderen Ländern aber immer noch deutlich besser ab. In konkreten Zahlen ausgedrückt: Die Bundesregierung plant für 2021 rund 47 Mrd. Euro sowie für 2021 bis 2024 rund 91 Mrd. Euro an Mehrausgaben.

Gleichzeitig sind gegenüber der bisherigen Finanzplanung pandemiebedingt **massive Steuermindereinnahmen** zu verkraften (in 2021: 42,2 Mrd. Euro, von 2021 bis 2024: 127,7 Mrd. Euro). Der Bund plant deshalb zur Finanzierung seiner Mindereinnahmen und Mehrausgaben für das kommende Jahr, rund 96 Mrd. Euro an neuen Krediten aufzunehmen.

Doch bereits im kommenden Jahr wird die **Neuverschuldung** stark zurückgefahren. Gegenüber 2020 wird sie in 2021 mehr als halbiert. Im Jahr 2022 soll die Neuverschuldung dann auf 10,5 Mrd. Euro sinken und damit auf nur noch rund ein Zehntel des Vorjahreswertes schrumpfen.

#GeldindieHand

Den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie setzen wir eine **Investitionsoffensive** entgegen. Wir investieren 2021 rund 55 Mrd. Euro – deutlich mehr als vor der Krise, denn wir wissen: Die Investitionsausgaben von heute sind die Steuereinnahmen von morgen.

Es ist unsere Aufgabe, uns für die Zukunft zu rüsten. So werden **Künstliche Intelligenz** und Quantentechnologie mit jeweils 2 Mrd. Euro gefördert, für den **Krankenhaus-Zukunftsfonds** sind 3 Mrd. Euro vorgesehen. Im Bereich der digitalen Infrastruktur ist es wichtig, die Kommunikationstechnologie am Puls der Zeit zu halten. Der Bund wird in den Jahren 2021 bis 2024 mindestens 2 Mrd. Euro in den **Roll-Up von 5G**, perspektivisch 6G, investieren.

Auch den Bereich **Verkehr** müssen und werden wir in den kommenden Jahren umbauen, er ist der größte Investitionsblock im Haushalt 2021: Ganze 18,6 Mrd. Euro werden in die Straße, Schiene und Wasserstraße fließen. Den Fokus richten wir dabei auf die klimafreundliche Schiene. Dabei soll nicht nur mit dem Schnellläuferprogramm „Digitale Schiene“ die Digitalisierung der Stellwerke beschleunigt, sondern auch der Mobilfunk-Ausbau entlang der Schiene mit einem höheren Etat vorangetrieben werden.

In der **Wirtschafts- und Energiepolitik** wollen wir auch in Zukunft Ökonomie, Ökologie und Soziales miteinander verschränken. Bis 2024 werden wir 1,5 Mrd. Euro für Zukunftsinvestitionen der Fahrzeughersteller und der Zulieferindustrie sowie für innovative Forschung und Entwicklung bereitstellen. Denn wir wollen Wissenschaft und Wirtschaft bei ihrer Gemeinschaftsaufgabe unterstützen, die notwendigen Transformationsprozesse anzukurbeln und Arbeitsplätze zu erhalten.

Die **Wasserstoffstrategie** stellt die Weichen für den Aufbau einer ökonomisch erfolgreichen und nachhaltigen Wasserstoffwirtschaft, die beispielsweise für eine nachhaltige Stahl- und Chemieproduktion entscheidend sein wird. In den Jahren 2021 bis 2024 wird unsere Strategie mit 6,8 Mrd. Euro umgesetzt.

Stärkung des sozialen Zusammenhalts

Gerade in Zeiten der Krise zeigt sich das Gebot eines **starken Sozialstaats**. Den Zugang zum **Kurzarbeitergeld** deutlich zu erleichtern, war goldrichtig. Denn so konnten wir Millionen von Arbeitsplätzen retten. Damit die Bundesagentur für Arbeit (BA) auch künftig handlungsfähig bleibt, muss sie schuldenfrei in das Jahr 2022 starten können. Der Bund wird deswegen der BA das gewährte Darlehen am Jahresende 2021 erlassen bzw. unterjährige Liquiditätshilfen in einen Zuschuss umwandeln, sofern die BA nicht über genug eigene finanzielle Ressourcen verfügt.

Für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land ist **bezahlbarer Wohnraum** die Voraussetzung. Deshalb unterstützt die Bundesregierung die Länder bis 2024 mit jährlich einer Milliarde Euro beim Sozialen Wohnungsbau. Außerdem sind im kommenden Jahr knapp 900 Mio. Euro für das Baukindergeld vorgesehen, mit dem der erstmalige Erwerb von Wohneigentum für Familien mit Kindern gefördert wird. Bis ins Jahr 2024 wachsen die Mittel auf jährlich 970 Mio. Euro an.

Und auch an anderer Stelle unterstützen wir **Familien und Alleinerziehende**. Neben dem Kinderbonus und der Erhöhung des Zuschlags für Alleinerziehende werden wir

auch eine erstklassige Kinderbetreuung fördern: Für das Programm Ganztagschule und Ganztagsbetreuung sind in den Einzelplänen des Bundesfamilien- sowie des Bundesbildungsministerium im Jahr 2021 erneut jeweils 500 Mio. Euro Zuführung in ein noch zu errichtendes Sondervermögen veranschlagt. Weitere 500 Mio. Euro sind für das Sondervermögen Kinderbetreuungsausbau vorgesehen.

Gerade in Zeiten der Krise müssen die **Kommunen** handlungsfähig bleiben – trotz ihrer massiven Gewerbesteuerausfälle in diesem Jahr, die Bund und Länder 2020 ausgleichen. Zusätzlich wird sich der Bund dauerhaft in stärkerem Maße an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Arbeitssuchende beteiligen. Die entsprechenden Ausgaben für den Bund werden im Jahr 2021 insgesamt 34,4 Mrd. Euro betragen und bis 2024 auf jährlich 36,1 Mrd. Euro anwachsen.

Für die **innere Sicherheit** steigen die Mittel gegenüber dem bisherigen Finanzplan erneut an: auf rund 6,9 Mrd. Euro im Jahr 2021. Wesentlich für den sozialen Zusammenhalt in unserem Land sind **Vielfalt, Toleranz und Demokratie**. Sie aktiv zu fördern muss uns etwas wert sein. Die Mittel hierfür wollen wir deshalb mit 151 Mio. Euro mehr als verdoppeln.

Mit dem europäischen Wiederaufbaupaket ist es gelungen, eine neue Phase der **Solidarität in Europa** einzuläuten. In den kommenden Jahren erhält der Bund aus der europäischen Aufbau- und Resilienzfazilität (Recovery and Resilience Facility) Einnahmen in Höhe von knapp 23 Mrd. Euro. Mit dem Ziel eines ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Aufschwungs wollen wir diese Mittel für Reformen und öffentliche Investitionen verwenden. Der Koalitionsausschuss hat sich darauf verständigt, die Mittel für die digitale und klimafreundliche Transformation der Wirtschaft im Rahmen des Konjunktur- und Zukunftspakets zu nutzen. In den kommenden Wochen wird die Bundesregierung hierzu einen nationalen Aufbauplan erarbeiten.

Und auch jenseits der europäischen Grenzen übernimmt Deutschland Verantwortung: Mit zusätzlichen Mitteln von insgesamt rund 3,85 Mrd. Euro für **Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe** werden die Ausgaben im Jahr 2021 gegenüber der bisherigen Finanzplanung deutlich erhöht. Damit steigt der Beitrag aus dem Bundeshaushalt an den direkten deutschen Aufwendungen für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit ein weiteres Mal an.

Der **Verteidigungshaushalt** wird gegenüber der bisherigen Finanzplanung um 1,6 Mrd. Euro aufgestockt und verstetigt. Hinzu kommen im Jahr 2021 insgesamt 1,2 Mrd. Euro der insgesamt mit dem Konjunkturprogramm vorgesehenen 3,7 Mrd. Euro für konjunkturstützende Maßnahmen.